

15. Sitzung des Jenaer Stadtrates vom 14. Oktober 2020

Fragestunde

Anfrage Frau Glybowskaja zur Flüchtlingskatastrophe in Moria - Fehlende Beteiligung Jenas am Offenen Brief deutscher Städte an die Bundesregierung

Antwort der Stadtverwaltung Jena:

Der Oberbürgermeister beantwortet die Anfrage wie folgt:

Der Brand im Flüchtlingslager in Moria war eine humanitäre Katastrophe und Deutschland muss vor allem während der Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union Verantwortung übernehmen und dafür Sorge tragen, diese Menschen würdig in der EU aufzunehmen. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, die Aufnahme der Flüchtlinge auf europäischer Ebene zu lösen. Die Zuständigkeit liegt hier ganz klar beim Bund. Sowohl die Bundeskanzlerin, als auch der Bundesinnenminister wissen, dass die Lösung der Aufnahme- und Verteilungsfrage bisher nicht an der Bereitschaft der Städte und Landkreise gescheitert ist. Das gilt auch für Jena.

Der Oberbürgermeister hält den Weg, sich mit einem offenen Brief an die Bundesregierung zu wenden, für nicht zielführend. Symbolpolitik ist nicht sein Politikstil. Die Aufnahme der Geflüchteten ist auf Europa- und Bundesebene zu klären. Die Verteilung der Geflüchteten auf die Städte und Landkreise ist dann Landesaufgabe. Wahrscheinlich wäre es deshalb richtiger, sich mit diesem Anliegen an die Jenaer und an die Thüringer Bundestagesabgeordneten zu wenden. Die Stadt Jena ist gern bereit und vorbereitet, weitere geflüchtete Menschen aufzunehmen, wenn sie der Stadt zugewiesen werden. Der Weg des Oberbürgermeisters wäre immer, den guten Ruf der Stadt Jena, den sie in dieser Hinsicht hat, durch tatsächlich faktisches, materielles Handeln herzustellen, nicht durch Symbolpolitik. Das hat die Stadt getan. Die Stadt hat mehr als 3.000 Flüchtlinge in der großen Welle 2015/16 nicht nur aufgenommen, sondern völlig geräuschlos und sehr gut in der Stadt untergebracht, und zwar ganz überwiegend dezentral untergebracht, nicht nur in GUs. Es erfolgte nie in Zelten, nie in Turnhallen, sondern immer so, dass die Flüchtlinge ordentlich untergebracht wurden und nicht nur das, sondern auch integriert wurden. Es ist sogar im Arbeitsmarkt zu sehen, dass überraschend wenige der hierhergekommenen Geflüchteten bisher nicht den Weg in den Arbeitsmarkt geschafft haben. Die Stadt hat sowohl die Aufnahme, als auch die Integration mustergültig umsetzen können.

Der Oberbürgermeister betont, dass es ihm wichtiger ist durch faktisches Handeln, den guten Ruf der Stadt zu stärken, als durch Symbolpolitik.

Herr Prof. Schlußner stellt fest, dass die Antwort genau der Antwort des Oberbürgermeisters vor zwei Jahren entspricht, als schon einmal die Thüringer Migrationsbeauftragte die Städte in Thüringen aufgerufen hat, sich zu positionieren, Flüchtlinge aufzunehmen. Er stellt fest, dass der Oberbürgermeister konsequent in seiner Haltung ist. Herr Prof. Schlußner betont, dass es nicht darum geht, symbolische Handlungen zu machen, sondern um eine politische Positionierung, die der Stadtrat

zweifach in seinen Beschlüssen zum sicheren Hafen getroffen hat. Er stellt die Frage, warum von der Verwaltung, dessen Spitze und Repräsentant der Stadt der Oberbürgermeister ist, diese Beschlusslage des Stadtrates nicht auch in dem Städtebündnis, an dem die Stadt teilhat, umgesetzt wird.

Der Oberbürgermeister wiederholt seine bereits genannte Positionierung. Die Positionierung ist die, dass die Stadt diejenigen, die ihr zugeteilt werden, gerne und auch sehr fähig aufnimmt und integriert.

Herr Beyer spricht an, dass der Stadtrat mehrere Beschlüsse fasste, die Symbolkraft haben. Es ist die Frage, welche Verbindlichkeit diese Beschlüsse entfalten. Er fragt nach, was an konkreten Handlungen zu erwarten ist, wenn der Stadtrat diese Beschlüsse fasst oder ob das erst einmal eine Haltung ist, die der Stadtrat kommuniziert, die 15. Sitzung des Stadtrates der Stadt Jena, 14.10.20 Seite 10 von 31 konkreten Handlungen dann jedoch erst einmal vollkommen offen sind, die da daraus folgen.

Der Oberbürgermeister antwortet:

Die Art und Weise der Aufnahme und dann der Verteilungsprozess verläuft, wie gerade geschildert, zunächst für Deutschland auf europäischer Ebene und dann die Verteilung über die Länder auf kommunaler Ebene. Die Stadt Jena kann als Kommune nicht einfach Wünsche äußern, Familien aus bestimmten Regionen der Welt aufzunehmen, sondern die zuständige Politikebene prüft und entscheidet, nach welchen Kriterien sie Flüchtlinge welcher Herkunft auf welche Kommunen verteilt. Die Stadt Jena kann nicht versuchen, aus dieser Verteilungslogik auszubrechen und damit den Mechanismus außer Kraft zu setzen, der sehr wechselseitig austariert ist und mit sehr guten Gründen so arbeitet, wie er das tut.

Der Oberbürgermeister spricht an, dass relativ wenige Flüchtlinge in Thüringen insgesamt zugeteilt werden. Jena bekommt weniger Flüchtlinge vom schwarzafrikanischen Kontinent, sondern eher aus anderen Regionen Flüchtlinge zugeteilt.

Der Oberbürgermeister hält es nicht für geboten, das austarierte System der Verteilung durch Wünsche der Stadt durcheinander zu bringen.

Frau Glybowski zeigt eine Nachfrage an.

Sie äußert, dass es natürlich um das konkrete Handeln geht, was der Oberbürgermeister gerade beschrieben hat, aber eben auch um das Zeichen, dass die Stadt bereit und in der Lage ist, zu helfen. Sie weist darauf hin, dass Herr Prof. Schlußner es angesprochen hat, dass es eine entsprechende Beschlusslage gibt, die auch einen Auftrag ausgesprochen hat. Frau Glybowski fragt deshalb nach, ob es auch für die Zukunft geplant ist, keine gesellschaftspolitischen Positionierungen zu solchen Fragestellungen zu veröffentlichen.

Der Oberbürgermeister antwortet, dass es dem Stadtrat jederzeit frei steht, sich zu positionieren. Das wurde in anderen Fragen im Stadtrat bereits besprochen.

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass er als Chef der Verwaltung durch Beschluss des Stadtrates nicht in die Situation gebracht werden möchte, sich zu Dingen positionieren zu müssen, in denen die Stadt materiell nichts zu entscheiden hat. Er will nicht den Eindruck erwecken, dass die Stadt Forderungen aufstellt, die sie als Kommune selbst nicht in der Hand hat, sie zu erfüllen.

Der Oberbürgermeister spricht sich eher dafür aus, das durch konkludentes Handeln zu tun. Die Bereitschaft und die Fähigkeit Flüchtlinge aufzunehmen, hat die Stadt in dokumentierter Weise nachgewiesen in den Jahren 2015 und folgende. Er geht davon aus, dass das auf den Politikebenen, die für die Aufnahme und die Verteilung zuständig sind, das sehr wohl zur Kenntnis genommen wurde und mit in die Überlegungen einfließen wird, innerhalb des austarierten Systems, dass auf Jena als aufnehmende Kommune weiterhin Verlass besteht.

Quelle: Sitzungsprotokoll des Jenaer Stadtrates vom 14.10.2020, Seite 10 und 11